Nachhaltigkeit und Regionalität sichern Beschäftigung

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz, über ihre Vorstellungen für eine beschäftigungssichernde Landwirtschaft, Anforderungen an eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung und die Rolle des Staates bei der Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem Lande

Ländliche Räume zählten in der Vergangenheit zu den besonderen Problemgebieten auf dem Arbeitsmarkt. Wie ist die derzeitige Situation der ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu städtischen Gebieten?

Höfken: Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hat 2010 mit rund 1,86 Mio. einen neuen Höchststand erreicht. Diese positive Entwicklung hat auch die ländlichen Räume erfasst. Allerdings gibt es regionale Unterschiede. So weisen im Jahresvergleich 2009/10 zwei Landkreise eine negative Entwicklung auf. Die Arbeitslosenquoten reichen von 3,3 % im Eifelkreis Bitburg-Prüm bis 13,8 % in der kreisfreien Stadt Pirmasens. In den ausgesprochen ländlichen Gebieten wie dem Landkreis Birkenfeld liegen die Arbeitslosenraten teilweise deutlich über dem Landesschnitt.

Welche Rolle spielen Landwirtschaft und Weinbau und die Agrarwirtschaft für die Beschäftigung in ländlichen Räumen?

Höfken: Für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume greift es zu kurz, die Rolle von Landwirtschaft und Weinbau auf ihren direkten Anteil an der Beschäftigung in der Produktion zu reduzieren. Stattdessen sollten wir stärker in regionalen Wirtschaftskreisläufen und Wertschöpfungsketten denken und auch die Beiträge zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Kulturlandschaften berücksichtigen. Landwirtschaft und Weinbau spielen insofern weiterhin eine Schlüsselrolle für die Entwicklung ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz.

Wie kann deren Rolle weiter gestärkt werden?

Höfken: Notwendige Umstrukturierungen der Landwirtschaft und des Weinbaus müssen zielgerichtet unterstützt werden. Dazu zählen Qualifizierungs- und Beratungsangebote für nachhaltiges Wirtschaften, Investitionsförderung oder die Honorierung besonders umweltgerechter Produktionsverfahren. Gleichzeitig geht es darum, die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten, in die die Landwirtschaft und der Weinbau eingebunden sind, zu stärken. Beispielsweise bilden Weinbau und ländlicher Tourismus in einigen Regionen eine Symbiose. Dies gilt es weiter zu fördern, etwa durch den Aufbau von Regionalmarken. Auch bei der Erzeugung erneuerbarer Energien kommt der Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu. Hier halte ich es für nötig, dass die Förderung der Biogaserzeugung auf bäuerliche Betriebe ausgerichtet wird, statt auf industrielle Großerzeuger. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss dahingehend geändert werden.

Ulrike Höfken ist seit Mai 2011 Landwirtschaftsministerin in Rheinland-Pfalz. Die 55-jährige Diplom-Agraringenieurin gehörte zuvor 17 Jahre lang dem Bundestag an. Von 2006 bis 2009 war sie Vorsitzende des Ernährungsausschusses, danach Stellvertreterin, ein Amt, das sie auch schon von 1998 bis 2005 bekleidet hatte. In der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte Höfken zuletzt die Funktion der Sprecherin für Ernährungspolitik und Agro-Gentechnik. Die rheinland-pfälzische Agrarministerin gilt als erfahrene und pragmatische Politikerin. Sie ist Anhängerin einer bäuerlichen Landwirtschaft und deren Einbindung in regionale Wirtschaftskreisläufe sowie eine entschiedene Gegnerin der Grünen Gentechnik. Seit vielen Jahren gehört sie dem Kuratorium der ASG an.

In welchen Feldern sehen Sie die größten Potenziale für die künftige Beschäftigung in ländlichen Räumen?

Höfken: Agrarwirtschaft und ländlicher Tourismus werden auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz wichtige Arbeitgeber im ländlichen Raum bleiben. Ich warne allerdings vor einseitigen Betrachtungsweisen. Viele mittelständische Betriebe aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen haben ihren Sitz auf dem Lande. Wir müssen daher alle Branchen im Blick haben.

Die Landwirtschaft klagt über einen zunehmenden Fachkräftemangel. Wie ist die Situation in Rheinland-Pfalz?

Höfken: Ähnlich wie in anderen Regionen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss sich die Landwirtschaft ebenso wie das Handwerk einem immer intensiveren Wettbewerb um Fachkräfte stellen.

Wie kann sie bestehen?

Höfken: Indem sie jungen Leuten attraktive Angebote macht und sie so konkurrenzfähig mit anderen Branchen wird. Dabei geht es auch, aber nicht nur, um die Entlohnung. Darüber hinaus muss die Agrarwirtschaft vermitteln, dass sie eine moderne, wandlungsfähige und innovative Branche ist, die vielfältige Berufsmöglichkeiten bietet. Sie muss die Vorzüge herausstellen, die es mit sich bringt, in und mit der Natur nachhaltig zu wirtschaften. Sie muss sich daher weiter um eine Imageverbesserung und gute Arbeitsbedingungen bemühen.

Was kann die Landesregierung tun, um dem Fachkräftemangel in der Landwirtschaft und nahen Bereichen zu begegnen?

Höfken: Die Landesregierung bietet einerseits Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote an. Andererseits greifen wir innovative Ideen auf. Aktuell wurden im Rahmen der Initiative „Clever auf dem Lande: Lernen für die Zukunft des ländlichen Raums“ innovative Qualifizierungsangebote für typische Berufe im ländlichen Raum ausgelobt. Landwirtschaftskammer und Bauernverbände haben dies aufgegriffen. Derzeit werden die Vorschläge geprüft.

Der Weinbau und die Mehrzahl der Sonderkulturbetriebe sind auf Saisonkräfte angewiesen. Wie stellt sich die Lage nach Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus weiteren EU-Ländern dar?

Höfken: Die rheinland-pfälzischen Sonderkulturbetriebe haben auch nach Auslaufen der Beschränkungen für Arbeitskräfte aus den sog. EU-8-Ländern keine Probleme, genügend Saisonarbeitskräfte zu finden. Nach meinen Informationen sind viele Saisonarbeitskräfte nach vorübergehender Tätigkeit in anderen westlichen EU-Staaten wegen der höheren Lebenshaltungskosten dort inzwischen wieder zu den hiesigen Betrieben zurückgekehrt.

Was muss getan werden, um dies auch in Zukunft zu gewährleisten?

Höfken: Neben einer angemessenen Entlohnung muss den Saisonkräften eine adäquate Unterbringung und eine Versorgung zu günstigen Preisen ermöglicht werden. Wenn diese Rahmenbedingungen stimmen, bleibt Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein attraktiver Standort. Daran würde auch ein mögliches Auslaufen der Beschränkungen für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien zum Ende dieses Jahres nichts ändern.

Die Tierhaltung hat für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und darüber hinaus eine entscheidende Bedeutung. Sägen Sie mit Ihrer Kritik an bestimmten Formen der intensiven Tierhaltung am wirtschaftlichen Standbein vieler Betriebe?

Höfken: Nein, ganz im Gegenteil. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die tierische Veredlung in bäuerlicher Hand verbleibt und damit auch künftig Beschäftigung sichert. Ein weiteres Abwandern in industrielle Formen der Tierhaltung gefährdet Beschäftigung und Wirtschaftskraft in bäuerlichen Betrieben.

Und schafft Beschäftigung und Wertschöpfung in anderen Bereichen. Wo ist das Problem?

Höfken: Das Problem liegt darin, dass Massentierhaltung und industrialisierte Landwirtschaft gesellschaftlich nicht gewollt sind. Sie sind nicht nachhaltig, weil sie die Anforderungen an eine umweltschonende und tiergerechte Erzeugung nicht erfüllen. Damit sichern sie auf längere Sicht auch keine Beschäftigung. Tierquälerische Massentierhaltung widerspricht zudem unserer Verfassung. Die Politik darf dem nicht zusehen und muss die artgerechte Tierhaltung besser schützen.

Wie?

Höfken: Indem wir alle Instrumente prüfen, mit denen der Entwicklung begegnet werden kann. Für mich gehört ein Ausschluss industrialisierter gewerblicher Tierhaltungsanlagen aus der Privilegierung im Außenbereich im Zuge der anstehenden Novelle des Baugesetzbuches ausdrücklich dazu. Eine entsprechende Änderung von § 35 Baugesetzbuch kann aus meiner Sicht dazu beitragen, der Massentierhaltung Einhalt zu gebieten und die bäuerliche von der industriellen Landwirtschaft besser abzugrenzen“. Ein entsprechender Vorschlag der grünen Bundestagsfraktion liegt auf dem Tisch und wird in der parlamentarischen Diskussion eine wich-

tige Rolle spielen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle erfolgversprechenden Maßnahmen unterstützen. Dazu gehört auch die Verbraucherinformation durch Tierschutz-Label.

Wie wichtig ist der Ökolandbau für die Beschäftigung in der Landwirtschaft?

Höfken: Kernelemente meines Leitbildes für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind Nachhaltigkeit und Regionalität. Sie gewährleisten am ehesten ein hohes Maß an Beschäftigung. Der Ökolandbau ist dabei eine tragende Säule, weil er für eine besonders umweltschonende Form der Landbewirtschaftung und eine qualitativ hochwertige Nahrungsmittelversorgung steht. Er kommt somit den gesellschaftlichen Erwartungen am nächsten. Ich will noch mehr Landwirte und Winzer dabei unterstützen, auf ökologischen Land- und Weinbau umzustellen. Dabei kommt uns das noch vorhandene erhebliche Marktpotenzial in diesem Bereich zugute. Mein Ziel ist es, die finanzielle Förderung des Ökolandbaus zu verstärken, die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu verbessern, Marketingmaßnahmen auszudehnen sowie Beratung, Forschung, Versuchswesen, Schule und Ausbildung in diesem Bereich zu verbessern.

Wie soll das gehen angesichts des Sparkurses der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

Höfken: Die Akzente werden neu gesetzt. Eine Anhebung der bisher niedrigen Öko-Prämien wird im Übrigen auch vom Deutschen Bauernverband (DBV) für notwendig erachtet. Derzeit lassen wir die geltenden Prämiensätze im Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa) für den Bereich Ökolandbau überprüfen. Im Ergebnis können voraussichtlich im November 2011 Anträge für die Umstellung auf Ökolandbau und die Beibehaltung gestellt werden. Mit dem vorhandenen Förderinstrumentarium der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wird mein Haus verstärkt Initiativen unterstützen, die zum Ausbau leistungsfähiger Vermarktungsstrukturen im Ökobereich und im konventionellen Bereich beitragen. Uns ist besonders an regionalen Konzepten für die Erzeugung und Vermarktung von Ökoprodukten gelegen. Eine Schlüsselstellung nimmt schließlich die Umstellungsberatung am „Kompetenzzentrum ökologischer Landbau“ (KÖL) ein. Daneben wird die produktionstechnische Beratung im Ökobereich weiter ausgebaut und das Versuchswesen intensiviert. Im Unterricht der Berufs- und Fachschulen für Land-, Wein- und Gartenbau wollen wir den ökologischen Anbau weiter ausbauen.

Wie kann die GAK zur Beschäftigung beitragen?

Höfken: Wir müssen die GAK mit ausreichend Finanzmitteln ausstatten. Da ist vor allem der Bund gefordert, die Kürzungen der letzten Jahre zurückzunehmen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Bundes- und EU-Mittel kofinanziert werden. Inhaltlich werden wir einige Akzentverschiebungen vornehmen. Neben umwelt- und tiergerechter Erzeugung geht es um die strukturelle Verbesserung von Logistik, Verarbeitung und Vermarktung von rheinland-pfälzischen Produkten sowie die Verbesserung regionaler Wertschöpfungsketten. Ferner wollen wir die einzelbetriebliche Investitionsförderung sichern und besonders tierartgerechte Haltungsverfahren gezielt fördern. Schließlich geht es auch in Zukunft um eine Stärkung der ländlichen Räume mit den dafür zur Verfügung stehenden Förderinstrumenten. Insgesamt kommt meines Erachtens der GAK und der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine Schlüsselrolle für die Beschäftigung in ländlichen Räumen zu.

Sie haben sich wiederholt für ein Greening der 1. Säule ausgesprochen, warnen aber vor einer Schwächung der 2. Säule. Besteht nicht die Gefahr, dass die starke Betonung der 1. Säule zu einer Schwächung der 2. Säule führen wird?

Höfken: Nein, im Gegenteil. Das Greening führt zu einer flächendeckenden Basis-Ökologisierung der Direktzahlungen und überlässt andererseits die zielorientierten Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule. Das Greening sorgt für die notwendige Akzeptanz für die GAP insgesamt. Nur so ist eine Beibehaltung des vergleichsweise starken EU-Agrarbudgets zu rechtfertigen.

Wie kann die GAP stärker auf die Sicherung von Beschäftigung ausgerichtet werden?

Die Legitimation der Direktzahlungen als wichtiger Faktor zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen wird derzeit durch gravierende Mängel in der Verteilungsgerechtigkeit untergraben. Deshalb ist es erforderlich, die Direktzahlungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße degressiv auszugestalten. In der 1. Säule ist eine progressive Kürzung der Direktzahlungen ab einer bestimmten Höhe und eine Kappung bei einem Höchstbetrag je Betrieb nötig. Dabei müssen die Kosten der bereit gestellten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze berücksichtigt werden. In der 2. Säule darf das derzeit verfügbare Maßnahmenspektrum nicht geschmälert werden, sondern muss in seiner gesamten Bandbreite bis zum LEADER-Ansatz erhalten bleiben. ■ Rainer Münch